



Kreisstadt Groß-Gerau
Amt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Am Marktplatz 1
64521 Groß-Gerau

Bitte deutlich ausfüllen!
Zutreffendes bitte ankreuzen!

Antrag auf Erlaubnis für das Halten eines gefährlichen Hundes
gemäß § 1 Abs. 3 Gefahrenabwehrverordnung über das Halten und Führen von Hunden
(Hundeverordnung) vom 22.01.2003, in der jeweils geltenden Fassung

<input type="checkbox"/> erstmaliger Antrag <input type="checkbox"/> Folgeantrag	<input type="checkbox"/> gefährlicher Hund gem. § 2 Abs. 1 (Rassenliste) <input type="checkbox"/> verhaltensauffälliger Hund gem. § 2 Abs. 2
---	---

I. Angaben zur Person

Name, Vorname:	
Geburtsdatum und -ort:	Staatsangehörigkeit:
Straße, Hausnummer:	PLZ, Wohnort
Telefon:	
Telefax:	Email:

II. Angaben zum Hund

Rasse:	
Geschlecht: <input type="checkbox"/> Rüde <input type="checkbox"/> Hündin	Wurftag (Datum):
Name:	Tag der Übernahme (Datum):
Chip-Nummer:	

Bankverbindung:
Kreissparkasse Groß-Gerau
IBAN: DE87 5085 2553 0000 0002 40 BIC: HELADEF1GRG
Volksbank Südhessen-Darmstadt eG
IBAN: DE16 5089 0000 0000 8700 05 BIC: GENODEF1VBD

Wir sind für Sie da:
Montag, Mittwoch, Freitag 8:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag 13:30 – 17:30 Uhr



III. Angaben zum Vorbesitzer bzw. Züchter des Hundes

Folgende Angaben beziehen sich auf	
<input type="checkbox"/> den Vorbesitzer	<input type="checkbox"/> den Züchter <input type="checkbox"/> sonstige Person:
Name, Vorname	
Straße, Hausnummer:	PLZ, Wohnort
Telefon:	Telefax:

IV. Erklärung der persönlichen Zuverlässigkeit

<p>Ich versichere durch meine Unterschrift, dass ich nicht</p> <ol style="list-style-type: none">wegen vorsätzlichen Angriffs auf Leben oder Gesundheit, Vergewaltigung, Zuhälterei, Land- oder Hausfriedensbruchs, Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, einer gemeingefährlichen Straftat oder einer Straftat gegen das Eigentum oder Vermögen rechtskräftig verurteilt wurde,mindestens zweimal wegen einer im Zustand der Trunkenheit begangenen Straftat oderwegen einer Straftat gegen das Tierschutzgesetz, das Waffengesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, das Sprengstoffgesetz, das Bundesjagdgesetz oder das Betäubungsmittelgesetz <p>verurteilt wurde und seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung 5 Jahre noch nicht vergangen sind.</p> <p>Ich versichere weiterhin, dass ich</p> <ol style="list-style-type: none">nicht wiederholt oder gröblich gegen Vorschriften des Tierschutzgesetzes, des Waffengesetzes, des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen, des Sprengstoffgesetzes, des Bundesjagdgesetzes, des Betäubungsmittelgesetzes und der Kampfhundeverordnung sowie der Gefahrenabwehrverordnung gefährliche Hunde verstoßen habe,weder alkoholsüchtig, rauchmittelsüchtig, geisteskrank oder geistesschwach bin.
Entgegenstehende Angaben (Vorstrafen, Krankheiten o. ä.):



V. Erklärung der artgerechten Haltung und Unterbringung des Hundes

1. Ich versichere durch meine Unterschrift, dass mein Hund artgerecht gehalten wird und die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, damit von ihm keine Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz ausgehen.
2. Die Person, die den Hund führt, muss gem. §8 Abs. 1 das 18 Lebensjahr vollendet, die Sachkunde nachgewiesen haben sowie körperlich und geistig in der Lage sein, den Hund sicher zu führen. <u>Außer dem Antragsteller/ der Antragstellerin</u> sollen nachstehend namentlich <u>benannte Personen</u> den Hund außerhalb des eingefriedeten Besitztums sowie, in Häusern mit mehreren Wohnungen, außerhalb der Wohnung führen dürfen
Name der Person(en)

VI. Vorzulegende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind von mir der Behörde vorzulegen:
1. Nachweis der Sachkunde (Sachkundebescheinigung) gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 bzw. Abs. 2 Hundeverordnung
2. Nachweis über die fristgerechte Zahlung der Hundesteuer gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 8 bzw. Abs. 2 Hundeverordnung
3. Nachweis, dass der Hund keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen oder Tieren aufweist (Wesensprüfung) gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 bzw. Abs. 2 Hundeverordnung
4. Nachweis über die unveränderliche Kennzeichnung des Hundes mit einer zur Identifizierung geeigneten, elektronisch lesbaren Marke (Chip) gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 6 bzw. Abs. 2 Hundeverordnung
5. Nachweis, dass für den Hund eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen wurde gemäß §3 Abs. 1 Nr. 8 bzw. Abs. 2 Hundeverordnung
6. Vorlage eines aktuellen polizeilichen Führungszeugnisses (zur Vorlage bei einer Behörde)
7. Vorlage eines Farbfotos oder Zusendung einer Bilddatei des Hundes (nur digital)



VII. Erklärung der wahrheitsgemäßen Angaben

Ich bestätige hiermit, dass alle meine Angaben – einschließlich der Erklärungen unter Punkt IV. und V. – der Wahrheit entsprechen. Diesbezügliche Änderungen werde ich **unverzüglich** der Behörde mitteilen.

Ort, Datum:

Unterschrift Antragsteller/in

VIII. Einwilligung der Auskunftserteilung durch Polizei, BZR und Gesundheitsamt

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Ordnungsbehörde zur Überprüfung meiner Zuverlässigkeit als Halter/in eines gefährlichen Hundes gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit §§ 5 und 8 Abs. 2 Nr. 3 Hundeverordnung Auskünfte über mich

- bei der Polizei
- beim Bundeszentralregister und
- beim zuständigen Gesundheitsamt einholt bzw. einholen kann.

Dabei wird beim Gesundheitsamt angefragt, ob dort zu Ihrer Person Erkenntnisse über eine psychische Erkrankung oder Suchtkrankheit vorliegen.

Das Gesundheitsamt antwortet der Ordnungsbehörde nur mit „Nein, keine Erkenntnisse vorhanden“ oder „Ja, Erkenntnisse vorhanden“.

Liegen dem Gesundheitsamt Erkenntnisse vor, werden Sie hiervon durch die Ordnungsbehörde unterrichtet und von ihr um die Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht gebeten.

Erst nach Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht bittet die Ordnungsbehörde das Gesundheitsamt um Mitteilung von Erkenntnissen, Übersendung von einschlägigen Unterlagen oder um eine Begutachtung.

Mir ist bekannt,

- dass ohne diese Auskünfte meine Zuverlässigkeit nicht festgestellt werden kann und damit gegen diese Bedenken bestehen, und
- dass die hiermit abgegebene Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

Eine Erlaubnis kann in diesen Fällen **nicht** erteilt werden.



Ort, Datum:	Unterschrift Antragsteller/in
-------------	-------------------------------

IX. Benachrichtigung nach § 18 Abs. 2 des Hessischen Datenschutzgesetzes (HDSG)

Alle in diesem Antrag enthaltenen Daten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Rasse, Geschlecht, Wurftag des Hundes etc.) werden zur Durchführung der Gefahrenabwehrverordnung gefährliche Hunde elektronisch gespeichert.	
Ort, Datum:	Unterschrift Antragsteller/in